

Rede bei der 90. Demonstration für einen gerechten Frieden und ein freies Palästina am 19. Juli 2025 (Dr. Detlef Griesche 19.7.2025)

Hallo liebe Mitbürger, liebe Mitbürgerinnen, liebe Freundinnen und Freunde in der Demo!

Viel Passanten fragen: Warum demonstriert Ihr hier? Und warum jetzt zum 90. Mal und übrigens immer friedlich?

Zunächst: während wir hier stehen, werden weiter Kinder , Frauen und andere friedliche Palästinenser durch Bombardements , aber auch gezielte Schüsse ermordet und seit Tagen gibt es im Norden des Gazastreifens keinerlei Nahrungsmittel mehr, da Israel nichts durchläßt!

Und warum demonstrieren nicht viel mehr als ein paar Hundert für Frieden, obwohl nach Umfragen über 80 % der deutschen Bevölkerung gegen das genozidale Vorgehen Israels im Gazastreifen und gegen die Beihilfe Deutschlands durch Waffenlieferungen sind?

Weil inzwischen auch dem Letzten in Deutschland klar sein müsste, was selbst immer mehr Medien offen berichten, dass alles was im Gazastreifen und dem Westjordanland durch Israel passiert, nichts, aber auch gar nichts mehr mit den schlimmen Handlungen des 10.Sept. 2023 zu tun hat, sondern wie selbst israelische Menschenrechtsanwälte wie jüngst Michael Sfard in der israelischen Zeitung Haaretz schrieb:

„Vielmehr ist die ethnische Säuberung das inzwischen mehrfach artikulierte Kriegsziel“.

Während öffentlich noch über eine Waffenruhe diskutiert wird, werden längst Tatsachen geschaffen: Seitdem Israel am 18. März die letzte Waffenruhe gebrochen hat, haben die Streitkräfte 34 Befehle zur Zwangs-Umsiedlung gegen die palästinensische Bevölkerung erlassen. Das bedeutet für 80 % des ohnehin dicht bevölkerten Landes ständige Flucht. In den Operationsbefehlen der Militärs wurde deutlich, daß das Ziel ist,

die Bevölkerung „umzusiedeln und zu konzentrieren“.

Und bei diesem Begriff „konzentrieren“ müssen eigentlich bei jedem deutschen Politiker endgültig die Ohren klingen: „Konzentration“, das verweist auf das unseligste Kapitel deutscher Geschichte: „Konzentrationslager“. Und um das für immer noch Ungläubige genauer zu beschreiben:

Wer immer noch glaubt, bei den völkerrechtswidrigen Verbrechen Israels seien nun keine Steigerung mehr möglich, der wird in diesen Tagen eines Besseren belehrt: Jetzt wird offenkundig, was seit Jahren, ja Jahrzehnten, mehr oder weniger das Ziel der Politik in Israel war: die Vertreibung und Vernichtung, wie es rassistische Regierungsmitglieder schon vor Jahren offen und nachweislich immer wieder formuliert haben. Und jetzt wird das Ziel eines großen Ghettos sogar in der israelischen Presse, wenn auch nur in der kleinen Haaretz, offen thematisiert und in einem Kommentar von Gideon Levy schärfstens kritisiert.

In Deutschland ist es am 12.7. der Deutschlandfunk, in dem Hanna Resch einen für deutsche Medien ungewöhnlich eindeutigen und glasklaren Kommentar über die "Humanitäre Stadt", wie es Katz, der israelische Verteidigungsminister, nennt, formuliert –

dieses konkrete Projekt, daß an die dunkelste Phase deutscher Geschichte, an Konzentrationslager erinnert!

„Was eigentlich muß noch passieren, bis die deutschen Politiker sich wieder an unsere Verfassung erinnern und merken, daß die sog. bedingungslose "Staatsraison" mit den

Grundwerten konfligiert und Kritik an der für jeden offen erkennbaren israelischen genozidalen Politik nicht verfolgt,

sondern durch konkrete politische Maßnahmen wie Stopp aller Waffenlieferungen, Beendigung des Assoziierungsabkommens mit Israel und Unterstützung der bestehenden Klagen gegen die völkerrechtswidrige Politik Israels unterstützt wird, statt lauer Verständigungsfloskeln und rhetorischer Ermahnungen!“

Der israelische Journalist Gideon Levy schreibt in der israelischen Zeitung dazu am 10.7. mit dem Titel: „Humanitairian City? Isreal – the Jewish State – Is Building a Ghetto in Gaza“ – also eine „eingezäunte Humanitäre Stadt“

Das ist Klartext: Israel errichtet in Gaza keine „humanitäre Stadt“. Es schafft Transferlager

„Der jüdische Staat errichtet ein Ghetto . Welch ein entsetzliches Urteil! Es ist schon schlimm genug, dass der Plan so präsentiert wurde, als sei er irgendwie legitim – wer ist für ein Konzentrationslager und wer dagegen? –, aber von dort aus könnte der Weg zu einer noch schrecklicheren Idee verkürzt werden: Jemand könnte als Nächstes ein Vernichtungslager für diejenigen vorschlagen, die die Sicherheitskontrolle am Ghettoeingang nicht bestehen. Israel tötet die Bewohner Gazas sowieso massenhaft, warum also nicht den Prozess rationalisieren und das Leben unserer wertvollen Soldaten verschonen? Jemand könnte auch ein kompaktes Krematorium auf den Ruinen von Khan Yunis vorschlagen, dessen Zutritt, wie im nahegelegenen Ghetto Rafah, rein freiwillig sein würde. Natürlich freiwillig, wie in der „humanitären Stadt“. Nur das Verlassen der beiden Lager wäre nicht mehr freiwillig. Genau das hat der Minister vorgeschlagen.“

„Völkermord entsteht nicht über Nacht. Man wacht nicht eines Morgens auf und gelangt von der Demokratie nach Auschwitz, von der Zivilverwaltung zur Gestapo. Der Prozess ist schleichend. Nach der Phase der Entmenschlichung – die die Juden Deutschlands ebenso wie die Palästinenser in Gaza und im Westjordanland jeweils zu ihrer Zeit durchlebten – geht es weiter mit der Dämonisierung, wie sie beide Nationen ebenfalls erlebt haben. Dann folgt die Phase der Angst – im Gazastreifen gibt es keine Unschuldigen, der 7. Oktober stellt eine existenzielle Bedrohung für Israel dar, die jederzeit wieder eintreten könnte. Danach folgen die Forderungen nach der Evakuierung der Bevölkerung, bevor überhaupt jemand an Vernichtung denkt.“

Wir befinden uns jetzt in der letzten Phase vor dem Völkermord . Deutschland deportierte seine Juden in den Osten; auch der Völkermord an den Armeniern begann mit einer Deportation, die damals als „Evakuierung“ bezeichnet wurde. Heute sprechen wir von einer Evakuierung in den Süden Gazas.

Vergleich sind nie gut und auch der Holocaust ist keine Vergleichsgröße.

Aber:

Man braucht den Holocaust nicht, um schockiert zu sein. Man kann auch von weit weniger schockiert sein, zum Beispiel von Israels Verhalten im Gazastreifen.

Und weiter Gideon Levy:

„Doch nichts hat uns auf die Idee der „humanitären Stadt“ vorbereitet. Israel hat kein moralisches Recht mehr, das Wort „humanitär“ zu verwenden. Wer den Gazastreifen in das verwandelt hat, was er ist – einen Massenfriedhof und eine Ruinenwüste – und ihm mit Gleichmut begegnet, hat jeglichen Bezug zur Menschlichkeit verloren.

Wer nur das Leid der israelischen Geiseln im Gazastreifen sieht und nicht erkennt, dass die israelischen Verteidigungsstreitkräfte alle sechs Stunden so viele Palästinenser töten, wie es lebende Geiseln gibt, hat jegliche Menschlichkeit verloren.“

Als ob 21 Monate des Todes von Babys, Frauen, Kindern, Journalisten, Ärzten und anderen Unschuldigen nicht genug wären, sollte der Ghettoplan alle Alarmglocken läuten lassen.

Tut es aber nicht!

Unsere Bundesregierung gibt weiter Feuerschutz durch Waffenlieferungen, flankiert Empörungsbekundungen von Worten, die keine Konsequenzen haben. Wenn ein Kanzler Merz davon spricht, daß er „die Zielsetzung der israelischen Regierung nicht mehr nachvollziehen kann“ oder der Außenminister Wadepful vor kurzem bekundete, er würde „die Waffenexporte nach Israel auf den Prüfstand stellen“, so ist das nichts anderes letztlich als eine rhetorische Trendwende, die konsequenzlos bleibt und allenfalls der Stimmung in der Bevölkerung Rechnung trägt, da über 80 % der Deutschen nach einer Umfrage des ZDF Waffenlieferungen nach Israel ablehnen und Waffenstillstand und Frieden will.

Wir sagen: Statt Worten- Taten! Stopp aller Waffenlieferungen! Sofort!

Ausgerechnet Israelische Holocaust- und Genozidforscher wie Omer Bartov und Mark Levene haben jüngst wieder beschrieben, daß Völkermord in der Geschichte von Genoziden historisch immer mit dem Narrativ der Selbstverteidigung begannen.

Und wir reden hier nicht nur über die genozidale Völkermordentwicklung in Gaza, sondern auch über den Terror von radikalen „Siedlern“ (eigentlich völkerrechtswidrige Landräuber), die unterstützt von passiver Polizei und Militär Palästinenser aus ihren Dörfern vertreiben, und völkerrechtswidrigen Annektionen von immer mehr palästinensischen Regionen wie es im deutschen

Fernsehen das ZDF am 15.7. um 21.45 in den Tagesthemen erstmalig und umfassend rücksichtslos offen und ungeschminkt dem deutschen Publikum zeigte.

Niemand, vor allem kein Politiker in unserem Land kann noch sagen er wisse nichts davon, denn immer mehr Medien berichten trotz der Versuche Israelischer Propaganda, das eigene Narrativ zu verbreiten und alles kritische zu unterdrücken oder gleich zu kriminalisieren.

Die öffentliche Debatte über Israel ist an Doppelmoral kaum zu übertreffen.

Die Frage wie es mit Israel weitergehen soll, muß endlich öffentlich und ohne Verfolgungen gestellt werden dürfen. Alle Fakten sind bekannt: völkerrechtswidrige Besatzung, Landraub, Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung, Angriffe und Übergriffe jüdischer Siedlermilizen, geschützt durch israelische Polizei und Militär, seit Jahren offene Forderung nach Vertreibung und Vernichtung aller Palästinenser durch führende Militärs und rassistische Regierungsmitglieder und Einsatz modernster und schwerster Vernichtungswaffen.

Medien und Politik sollten aufhören, der international sehr effektiven Antiaufklärungsarbeit israelischer Lobbyorganisationen zu folgen, deren aktives tagtägliches Ziel es ist, eine offene und faktenbasierte Diskussion zu verhindern und durch die vorherrschende Taktik jede Kritik mit dem Antisemitismusvorwurf zu überziehen und damit von der Wahrnehmung der tödlichen genozidalen Realität in Gaza und der Westbank abzulenken. Hinzu kommt, dass auch in Israel und den völkerrechtswidrig besetzten Gebieten der Westbank und Gaza faktenbasierter kritischer Journalismus unterdrückt wird und damit offiziell nur systemerwünschte Berichte erlaubt sind.

Es bleibt die Hoffnung, daß erste vorsichtige kritische Äußerungen von deutschen und Europäischen Politikern und Medien

mehr sind als eine nur „rhetorische Trendwende“ wie es die Autorin Charlotte Wiedemann befürchtet.

Wir fordern unsere Politiker auf,

- endlich offen und ehrlich über Israel und Palästina zu diskutieren,
- sofort alle Waffenlieferungen endlich einzustellen
- die internationalen Gerichte zu unterstützen
- sich nachhaltig für sofortige umfassende Versorgung mit allem Lebensnotwendigem für die palästinensische Bevölkerung einzusetzen
- das Assoziierungsabkommen zu kündigen

- für ein Ende des steigenden Terror in der Westbank einzutreten
- und letztlich mit der Kriminalisierung israelkritischer Proteste aufzuhören und Kritik der völkerrechtswidrigen Politik Israels als Antisemitismus zu diffamieren

Ich danke allen, die sich für Gerechtigkeit, Verständigung und Frieden einsetzen. Es lebe Palästina !!!